

presse

Ehrliche Rechnung über Kosten der Energiewende statt Panikmache

Zu der Diskussion über die Kosten eines beschleunigten Atomausstiegs erklärt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Marco Bülow:

Bei den Diskussionen über einen beschleunigten Atomausstieg und einer schnelleren Energiewende geistert immer häufiger das Schreckgespenst der damit verbundenen hohen Kosten durch die Medien. Die Bundesregierung und die Energiewirtschaft vermitteln den Bürgerinnen und Bürgern den Eindruck, dass durch den Ausstieg die Energiepreise explodieren.

Die Wahrheit ist jedoch: Je früher wir unser Energiesystem auf Erneuerbare Energien und mehr Energieeffizienz umstellen, umso mehr Chancen bieten sich der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt. Uns können Innovations- und Technologievorsprünge gelingen, die nur schwer aufzuholen sein werden. Diese positiven Effekte werden aber in der Kostendiskussion gerne unter den Tisch fallen gelassen.

Gern unterschlägt die Regierung auch die wahren Kosten der Atomenergie. Über die Jahre wurde die Atomkraft mit fast 200 Milliarden Euro - durch staatliche Finanzhilfen und Steuervergünstigungen - gefördert. Atomkraftwerke sind nach wie vor völlig unzureichend versichert. Eine neue Studie kommt zu dem Schluss, dass die Versicherungsprämie pro Atomkraftwerk 19,5 Milliarden Euro betragen müsste, wenn diese über die volle Schadenssumme von sechs Billionen Euro für den Fall eines Super-GAU versichert sein müssten. Dies wären umgerechnet 2,36 Euro pro Kilowattstunde. Von jeder Autofahrerin, von jedem Autofahrer wird verlangt, dass das eigene Auto ausreichend versichert ist. Ausgerechnet die

Betreiber dieser hochgefährlichen Technologie müssen das Risiko einer nuklearen Katastrophe nicht ansatzweise ausreichend versichern. Wozu dies führen kann, sieht man in Japan nach Fukushima. Der volkswirtschaftliche Schaden ist kaum bezifferbar und die japanischen Steuerzahler müssen für die Kosten aufkommen.

Der im Zusammenhang mit der Energiewende genannte hohe Kostentreiber ist aber vor allem der Netzausbau. Dieser muss aber nur dann so aufwendig sein, wenn man besonders auf Großprojekte wie Offshorewindparks setzt. Je dezentraler die Energieerzeugungskapazitäten angelegt sind, umso weniger Netzausbau ist nötig und umso geringer sind die Kosten. Nur wie von Umweltminister Röttgen gefordert auf Großprojekte wie Offshore zu setzen, um damit den vier AKW-Betreibern eine Kompensation für den Atomausstieg zu bieten, ist der absolut falsche Weg. Dezentrale Strukturen und mehr kleine und mittlere Energieunternehmen und somit mehr Wettbewerb wirken sich dagegen kostendämpfend aus.